

Die neue Verortung Lateinamerikas in der internationalen Politik

Detlef Nolte

In Lissabon wurde am 4. Juli 2007, gleich zu Beginn der portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft, eine umfassende strategische Partnerschaft zwischen der EU und Brasilien vereinbart. Der südamerikanischen Führungsmacht wird damit ein vergleichbarer Status wie China, Indien und Russland eingeräumt. Eine Woche zuvor hatte der venezolanische Präsident Hugo Chávez Russland, Weißrussland und den Iran bereist, um die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen auszubauen sowie erneut Waffenkäufe zu tätigen. Gleichzeitig drohte Chávez, das südamerikanische Integrationsbündnis Mercosur wieder zu verlassen, dem er gerade beigetreten war; während er gleichzeitig für sein eigenes Integrationsprojekt *Alternativa Bolivariana para las Americas* (ALBA) warb.

Analyse:

Während Lateinamerika in der politischen Publizistik teilweise als Verlierer der Globalisierung beschrieben wird, gibt es Anzeichen für eine Neuverortung und einen größeren Einfluss Lateinamerikas – oder einzelner Staaten der Region – in der internationalen Politik. **Zugleich ist es innerhalb Lateinamerikas zu Machtverschiebungen und neuen politischen Allianzen gekommen. Dabei spielt die Verfügung über Energierohstoffe als Machtressource eine wichtige Rolle. Es ist heute schwieriger geworden, festzustellen, wer verbindlich für Lateinamerika spricht und wer die geeigneten Ansprechpartner für externe Akteure sind.**

- In Lateinamerika zeichnen sich die Konturen einer zukünftigen multipolaren Weltordnung ab. Lateinamerika ist politisch und ökonomisch stärker fragmentiert und gespalten als noch zu Beginn der Dekade. Zugleich hat Lateinamerika an Handlungsspielraum in der internationalen Politik gewonnen.
- Die internationalen Finanzinstitutionen wie die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IWF), aber auch die USA und die EU haben in den vergangenen Jahren an Einfluss in Lateinamerika verloren, demgegenüber haben aufstrebende oder wieder aufstrebende Mächte wie China oder Russland an Einfluss gewonnen.
- Die EU reagiert nun – wenn auch mit Verzögerungen – auf die Veränderungen in Lateinamerika.

Key words: Lateinamerika, EU, Internationale Beziehungen, Außenhandel

1. Neue außen- und handelspolitische Optionen

Lateinamerika-bashing war eine zeitlang in Mode gekommen. Einige Autoren beschrieben Lateinamerika als den „verlorenen Kontinent“ – so der Titel eines Ende 2006 veröffentlichten Beitrags von Moisés Naim in der Zeitschrift *Foreign Policy* – oder als potenziellen Globalisierungsverlierer und marginalisierten Kontinent in den internationalen Beziehungen (Grabendorff 2007). Entgegen vieler negativer Schlagzeilen lässt sich aber auch eine positive Sichtweise auf die Entwicklung Lateinamerikas in den vergangenen Jahren und seine Rolle in der internationalen Politik begründen.

Veränderungen im Welthandel und in den internationalen Beziehungen haben für Lateinamerika neue außenpolitische Optionen eröffnet. Erwähnt seien nur einige Trends:

- Lateinamerika profitiert vom augenblicklichen Konjunkturzyklus der Weltwirtschaft und einer gestiegenen Nachfrage nach lateinamerikanischen Waren, insbesondere Rohstoffen und landwirtschaftlichen Produkten. Die lateinamerikanischen Volkswirtschaften haben sich seit 2004 erholt, moderate Wachstumsraten (4-5%) werden auch für 2007 und 2008 erwartet (IMF 2007: 5).
- Die nach Ressourcen hungrige chinesische Volkswirtschaft hat sich für viele lateinamerikanische Staaten zu einem wichtigen Handelspartner entwickelt. Zwischen 2000 und 2005 hat der Handel zwischen Lateinamerika (Mexiko ausgenommen) und China um jährlich durchschnittlich 37% (!) zugenommen (WTO 2006: 53). Der US-amerikanische Politikwissenschaftler Domínguez (2006) spricht deshalb bereits von der „chinesischen Dekade“ in Lateinamerika. Seit Beginn des Jahrzehnts ist China zu einem wichtigen Exportmarkt für lateinamerikanische Rohstoffe und Nahrungsmittel geworden, und es gibt immer noch ein beachtliches Wachstumspotenzial. Im Jahr 2004 kamen mehr als 60% der chinesischen Importe von Sojabohnen, 80% des Fischmehls, 25,5% des Kupfers, 19,9% der Eisenerze, und 20,6% der Holz- und Zellstoffimporte aus Lateinamerika. Umgekehrt gingen 2005 bereits 11,1% der chilenischen Exporte nach China (Peru 10,7%; Argentinien 8,3%; Mercosur 6,3%) (CEPAL 2007).
- Obgleich Chinas Engagement in Lateinamerika vor allem ökonomischer Natur ist, hat die chinesische Regierung auch politische Interessen in der Region. Einerseits sucht Peking nach Ver-

bündeten für seine Vision einer multipolaren Weltordnung. Deshalb kommt Mexiko, Brasilien, Argentinien und Venezuela der Status von strategischen Partnern in der chinesischen Außenpolitik zu. Andererseits ist Lateinamerika und die Karibik eine Weltregion, in der zwölf Regierungen – von weltweit 26 – immer noch formale diplomatische Beziehungen zu Taiwan unterhalten (und sich dies finanziell entlohnen lassen). Hier versucht Peking gegenzusteuern: Zuletzt nahm Costa Rica im Juni 2007 eine Kehrtwendung vor und beendete nach 63 Jahren die diplomatischen Beziehungen mit Taiwan, Nicaragua könnte demnächst folgen.

- In den USA wird die wachsende ökonomische Bedeutung Chinas in Lateinamerika als sicherheitspolitische Herausforderung wahrgenommen. Dies gilt vor allem im Hinblick auf den Zugriff auf knappe Rohstoffe (besonders Erdöl). Für einige US-Kommentatoren ist die chinesische Präsenz in Lateinamerika symptomatisch für die Erosion der Macht und der geopolitischen Position der USA in der Region.
- Zwischen Lateinamerika und China gibt es „shared gains and asymmetric hopes“ (Domínguez 2006). China und die Mehrzahl der lateinamerikanischen Staaten sehen gemeinsame Vorteile im Ausbau der Handelsbeziehungen. Aber ähnlich wie im Verhältnis zu den USA und Europa sind die Handelsbeziehungen asymmetrisch, da China im lateinamerikanischen Außenhandel wesentlich größere Bedeutung zukommt als umgekehrt. Zugleich sind die Einstellungen gegenüber China in Lateinamerika durchaus gemischt: Für die meisten südamerikanischen Länder überwiegen positive Aspekte, weil ihre Volkswirtschaften und die chinesische Volkswirtschaft komplementär sind. Für Mexiko und die zentralamerikanischen Staaten ist China demgegenüber zuerst und vor allem ein Konkurrent für ihre arbeitsintensiven und exportorientierten Industrien.
- Aus lateinamerikanischer Perspektive wurde das traditionelle „atlantische Dreieck“ (Lateinamerika-USA-EU) um ein „pazifisches Dreieck“ (Lateinamerika-Asien-USA) ergänzt. Bereits die Jahrestagung des *Asia-Pacific Economic Cooperation Forum* (APEC)¹ in Santiago de Chile im November 2004 hatte die wachsende Bedeutung

¹ Der APEC gehören als lateinamerikanische Länder Mexiko, Peru und Chile an.

der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Lateinamerika und Asien und hier insbesondere China dokumentiert. Stützt man sich auf die lateinamerikanische Presse, so hatte der chinesische Präsident Hu Jintao dem US-Präsidenten George W. Bush eindeutig die Show gestohlen. Während Bush für vier Tage nach Südamerika reiste, um am APEC-Gipfel teilzunehmen, blieb der chinesische Präsident, begleitet von einer Delegation von fast 200 Unternehmern und Regierungsfunktionären zwölf Tage in Lateinamerika und unterzeichnete eine Vielzahl von Abkommen (insgesamt 39). Für einige lateinamerikanische Staaten ist der pazifische Raum mittlerweile mindestens genauso wichtig geworden wie der europäische Partner jenseits des Atlantiks. Chile hat zum Beispiel Freihandelsabkommen mit China und Südkorea abgeschlossen und verhandelt über derartige Abkommen mit Indien und Japan. Im Jahr 2005 gingen 36% der chilenischen Exporte nach Asien (Europa 25%; NAFTA 23%), davon entfielen auf China und Japan jeweils ein Drittel.

- Für die Zukunft zeichnet sich Indien als weiterer aufstrebender Wirtschaftspartner am Horizont ab (Santiso 2006; CEPAL 2007). Ähnlich wie China will Indien langfristig seine Versorgung mit Rohstoffen absichern. So hat der indische Stahlkonzern *Jindal Steel and Power* im Juli 2007 mit der bolivianischen Regierung ein langfristiges Investitionsvorhaben zum Abbau von Eisenerzen mit einem Investitionsvolumen in Höhe von US\$ 2,1 Mrd. unterzeichnet.
- Während sich der Prozess zur Schaffung einer gesamtamerikanischen Freihandelszone (FTAA) seit einigen Jahren in einer Sackgasse befindet, haben die USA mit den meisten lateinamerikanischen Staaten bilaterale oder multilaterale (auf subregionaler Ebene) Freihandelsabkommen abgeschlossen. In den Jahren 2004 und 2005 exportierten die USA mehr Waren nach Lateinamerika (einschließlich Mexiko) als in die EU (WTO 2006: 48). Die Lateinamerika-Reise von Präsident Bush im März 2007 (Nolte/Stolte 2007) diente nicht nur dem Ziel, Unterstützung gegenüber US-freundlichen Regierungen in Mexiko, Guatemala, Kolumbien, Chile und Brasilien zu demonstrieren, sondern auch als Signal, dass sich die USA immer noch für die Region interessieren.
- In den vergangenen Jahren hatten die USA versucht, den Führungsanspruch Brasiliens in Südamerika zu unterminieren. Brasilien hatte sei-

nerseits das FTAA-Projekt blockiert. Vor dem Hintergrund aber des Aufkommens nationalistischer und populistischer Regierungen in Lateinamerika hofieren die USA mittlerweile die brasilianische Regierung als südamerikanische Führungsmacht. Darüber hinaus bemühen sie sich um eine strategische Allianz mit Brasilien im Bioenergie-Sektor (Ethanol) (Nolte/Stolte 2007).

- Auch in den Beziehungen zur EU kommt dem Thema Biokraftstoff wachsende Bedeutung zu. Einen Tag nach dem Treffen mit der EU-Führung in Lissabon, nahm Brasiliens Präsident „Lula“ da Silva im Juli 2007 in Brüssel an einer internationalen Konferenz über Biobrennstoffe teil. Parallel dazu vereinbarten der EU-Energiekommissar Andris Piebalgs und der brasilianische Außenminister Celso Amorim einen regelmäßigen Energiepolitikdialog. Brasilien nutzt das Thema Bioenergie überdies zur globalen Machtprojektion, indem es sich als Vorreiter einer alternativen Energiepolitik für die rohstoffarmen Länder in der Dritten Welt profiliert.
- Mit Unterstützung der Mehrzahl der südamerikanischen Länder hat Brasilien als einer der Führer der G-20 eine wichtige Rolle in den WTO-Verhandlungen gespielt und dort eine gemeinsame Position gegenüber den USA und der EU artikuliert. Zusammen mit Indien gilt Brasilien als Hauptansprechpartner der EU und der USA (G-4) um die festgefahrenen Verhandlungen im Rahmen der Doha-Runde wieder in Gang zu bringen – bisher ohne Erfolg, wie die gescheiterten Gespräche in Potsdam zeigen.
- Darüber hinaus ist Brasilien mit regionalen Führungsmächten in anderen Weltregionen eine strategische Allianz eingegangen. Zu erwähnen ist das *IBSA Dialogue Forum*, dem außerdem Indien und Südafrika angehören (Flemes 2007).
- Während sich Brasilien als Sprecher für die Interessen der Dritten Welt zu profilieren versucht, gleichzeitig aber die Anbindung an die führenden Industrienationen sucht, wollen andere lateinamerikanische Regierungen die Dritte Welt-Orientierung der 1960er und 1970er Jahre wiederbeleben. Seitdem bereisen mit der Region bisher wenig betraute Besucher wie der iranische Präsident Lateinamerika und fordern die USA heraus. Parallel dazu haben lateinamerikanische Politiker wie Hugo Chávez oder Daniel Ortega ihre Reiseziele um den mittleren Osten und so genannte „Schurkenstaaten“ erweitert.

- Auch Moskau wird als diplomatisches Reiseziel wieder beliebter. Nach mehr als einer Dekade nachlassenden Einflusses ist Russland ein Comeback in Lateinamerika gelungen (Sánchez 2007a; 2007b). Aufgrund erhöhter Einnahmen aus dem Export von Erdgas und Erdöl kauft Russland jetzt mehr Waren (Fleisch, Fisch, Trauben etc.) in Lateinamerika. Wichtige Handelspartner sind Peru, Mexiko, Chile, Brasilien und Uruguay. Bereits zuvor war Russland zu einem der wichtigsten Lieferanten für Rüstungsgüter in die Region aufgestiegen. Venezuela ist zur Zeit der Hauptkunde. Zu den in jüngster Vergangenheit von der venezolanischen Regierung erworbenen Waffensystemen gehören u.a. 100.000 Kalaschnikow-Maschinengewehre, Luftabwehrraketensysteme (TOR M1), 53 Hubschrauber und 24 Kampfflugzeuge (Su-30). Darüber hinaus betreibt Venezuela den Kauf russischer U-Boote.
- Demgegenüber haben die internationalen Finanzinstitutionen (IFI) an Einfluss in Lateinamerika verloren. Bolivien und Ecuador, zwei der ärmeren Länder des Kontinents, konnten die in Washington ansässigen IFIs in einer Weise herausfordern, die in 1980er Jahren als selbstmörderisch angesehen worden wäre. Die hohen Erdölpreise machen Venezuela gegenüber finanziellem Druck aus dem Ausland immun. Mehr noch, sie ermöglichen der Regierung Chávez eine eigene, aktive Dollardiplomatie, die fast schon die Rolle eines „alternativen Währungsfonds“ annimmt. So hat Venezuela beispielsweise argentinische Staatsanleihen gekauft; dies erlaubte Argentinien, seine Schulden gegenüber dem IWF zu tilgen.
- Mit Verzögerungen reagiert Europa auf die neuen Herausforderungen. Mit den zentralamerikanischen Ländern und der Andengemeinschaft wurden im ersten Halbjahr 2007 offiziell Verhandlungen über umfassende Assoziationsabkommen eingeleitet, und Brasilien erhielt im Juli 2007 den Status eines strategischen Partners der EU. Darin zeichnet sich tendenziell ein Strategiewandel der EU ab, die zuvor stärker auf Integrationsbündnisse, wie den Mercosur gesetzt und nur im Ausnahmefall bilaterale Assoziierungsabkommen (Mexiko und Chile) abgeschlossen hatte.

Im Ergebnis scheint Lateinamerika sich vom Aschenputtel zu einer umworbenen Braut zu wandeln, an der gleich mehrere Prinzen Interesse bekunden. Aber die Veränderungen im internationalen Umfeld beeinflussen die lateinamerikanischen Staa-

ten auf unterschiedliche Weise. Externe Entwicklungen haben mit internen Prozessen interagiert. So ist Lateinamerika heute heterogener und politisch gespalten. Der Kontinent spricht mit vielen Stimmen, zwischen denen häufig Dissonanzen bestehen. Es ist heute schwieriger geworden, festzustellen, wer verbindlich für Lateinamerika spricht und wer die geeigneten Ansprechpartner für externe Akteure sind. Dies gilt nicht zuletzt für die Beziehungen zu Europa.

2. Das „alte“ Europa und das „neue“ Lateinamerika

In der Vergangenheit waren die Beziehungen zwischen der EU und Lateinamerika stets asymmetrisch. Für Lateinamerika war Europa politisch und wirtschaftlich wesentlich bedeutender und als Partner interessanter als umgekehrt. Aber heute, gegen Ende der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts, scheinen sowohl die wirtschaftliche und politische Bedeutung Europas für Lateinamerika als auch das lateinamerikanische Interesse am „alten“ Kontinent zurückgegangen zu sein.

In Anlehnung an den ehemaligen US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, könnte man aus einer europäischen Perspektive zwischen einem „neuen“ und einem „alten“ Lateinamerika unterscheiden. Dabei wird das „alte“ Lateinamerika von den liberalen Demokratien verkörpert, die aus den Transitionsprozessen der 1980er hervorgegangen sind. Das „neue“ Lateinamerika, besonders prägnant verkörpert durch Chávez, hat demgegenüber einige autoritäre Züge und Caudillo-Traditionen vergangener Tage wieder zum Leben erweckt. Das „alte“ Lateinamerika sind die politischen Führer und Politiker, an die sich die europäischen Politiker während der interregionalen Verhandlungen in den vergangenen Jahren gewöhnt haben. Das „neue“ Lateinamerika vertritt demgegenüber politische Positionen und einen politischen Stil, die im heutigen Europa etwas aus der Mode gekommen sind. Der neue politische Populismus und ökonomische Nationalismus in Lateinamerika tangiert die Interessen europäischer Unternehmen, die sich u.a. durch Nationalisierungsmaßnahmen in Bolivien und Venezuela bedroht sehen. Glücklicherweise repräsentieren Chávez und seine Verbündeten – aus einer europäischen Perspektive – nur einen Teil, den kleineren Teil Lateinamerikas.

Die politisch-ideologische Aufspaltung Lateinamerikas wurde auf markante Weise im April 2007 illustriert. Fast gleichzeitig trafen sich das „alte“ und das „neue“ Lateinamerika in Santiago de Chile und Barquisimeto (Venezuela) respektive.

Am 28. und 29. April war der venezolanische Präsident Hugo Chávez Gastgeber des 5. Gipfeltreffens der ALBA, an dem außerdem der bolivianische Präsident Evo Morales, sein nicaraguanischer Amtskollege Daniel Ortega und der kubanische Vize-Präsident Carlos Lage als Repräsentanten der vier ALBA-Mitgliedsländer teilnahmen. Der Präsident Haitis, René Préval, und die Außenministerin Ecuadors, María Fernanda Espinosa, reisten als Beobachter zum ALBA-Gipfel. Uruguay, Dominica sowie St. Vincent und die Grenadinen entsandten gleichfalls Delegationen. Präsident Chávez nutzte das Forum, um die Weltbank und den IWF zu kritisieren, den er durch eine neue lateinamerikanische Entwicklungsbank, die Banco del Sur, ersetzen will. Im Verlauf des Gipfeltreffens formalisierte Chávez den Austritt der ALBA-Mitgliedsländer aus dem *International Centre for Settlement of Investment Disputes* (ICSID), das zur Weltbankgruppe gehört (*Latin America Brazil & Southern Cone Report*, 24. Mai 2007).

Nur wenige Tage zuvor, hatten am 25. und 26. April 2007 circa 400 Unternehmer, Regierungsvertreter und zivilgesellschaftliche Akteure am *World Economic Forum* in Santiago de Chile teilgenommen und über Strategien für ein nachhaltiges Wachstum in Lateinamerika diskutiert. Zwei Präsidenten, welche die gemäßigte Linke in Lateinamerika und das „alte“ Lateinamerika repräsentieren, die chilenische Präsidentin Michelle Bachelet und der brasilianische Präsident „Lula“, sprachen auf der Abschlussveranstaltung (*Latin American Mexico & NAFTA Report*, 3. Mai 2007).

Anzumerken bleibt, dass sich die Konfrontation zwischen dem „alten“ und dem „neuen“ Lateinamerika nicht auf die rhetorische Ebene beschränkt. Die neue nationalistische Kampagne gegen ausländische Unternehmen tangiert auch lateinamerikanische Unternehmen. So betreffen die bolivianischen Nationalisierungsbestrebungen im Erdgassektor direkt die Interessen und Geschäfte der brasilianischen *Petrobras*, was zu starken Spannungen in den bilateralen Beziehungen führte (*Latin American Caribbean & Central America Report*, 17. Mai 2007). Chilenisches Kapital ist von der geplanten Verstaatlichung der bolivianischen Eisenbahn betroffen.

3. Erdöl versus Bioenergie

Lateinamerika durchlebt eine Periode sich verändernder Allianzen, der Schaffung neuer strategischer Netzwerke und der Transformation bereits bestehender Kooperationsstrukturen. Diese Prozesse sind das Ergebnis sich verändernder wirtschaftlicher und politischer Machtressourcen wie auch der Wahl von Politikern mit neuen Vorstellungen in der Wirtschafts- und Außenpolitik.

Die Entwicklung begann mit der Wahl von Hugo Chávez in Venezuela Ende der 1990er Jahre. Zu Beginn seiner Präsidentschaft schien die Idee einer lateinamerikanischen bolivarianischen Bewegung reichlich weit hergeholt, mehr Rhetorik als reale Politik zu sein. Während seiner zweiten Amtszeit, mit hohen Erdöleinnahmen und linken Regierungen in Bolivien, Ecuador und Nicaragua haben sich seine internationalen Ambitionen jedoch zu einer ersten Herausforderung entwickelt.

Wie die Entwicklungen in den vergangenen zwei Jahren zeigen, ist Energie zu einer der wichtigsten Währungen bzw. Machtressourcen in der lateinamerikanischen Politik geworden. Dies erklärt, warum das erdgasreiche Bolivien, das lange als das Armenhaus Südamerikas angesehen wurde, nun eine wichtigere Rolle in der lateinamerikanischen Politik spielt. Erdöl und die Einnahmen aus dem Export von Erdöl sind die bevorzugten Instrumente venezolanischer Außenpolitik. Im März 2007 überraschte Venezuela die anderen südamerikanischen Länder mit dem Vorschlag eine regionale „OPEC“ der Gasproduzenten – die *Organización de Países Productores y Exportadores de Gas de Suramérica* (Oppegasur) – mit Bolivien und Argentinien als Partnern zu gründen (*Latin American Caribbean & Central America Report*, 19. April 2007).

Gleichzeitig verzeichnet Mexiko einen Rückgang der Erdölreserven. Deshalb wird es für das Land schwerer mit Venezuela in Zentralamerika und der Karibik zu konkurrieren. Brasilien wirbt statt dessen für die Ausweitung der Produktion von Bio-Alkohol und Bio-Diesel, um den Einfluss Venezuelas in Lateinamerikas zu kontern (Nolte/Stolte 2007). Brasilien, aber auch Argentinien und in der Zukunft möglicherweise auch Chile setzen überdies verstärkt auf die Option Nuklearenergie, um die Energieversorgung zu sichern und die Abhängigkeit von Energieimporten (auch aus den lateinamerikanischen Nachbarländern) zu verringern. Mittelfristig könnten diese Entwicklungen das Thema der Verbreitung von Atomtechnologien

wieder auf die politische Tagesordnung in Lateinamerika bringen; zumal die brasilianische Regierung angekündigt hat, das zeitweilig auf Eis gelegte Projekt eines atomgetriebenen U-Boots wieder zu forcieren.

Einerseits sind Energieressourcen eine Machtressource und ein konflikträchtiges Element in der lateinamerikanischen Politik. In einer Meinungsumfrage des *Latinobarómetro* (2007: 18) aus dem Jahr 2006 befürchteten drei von vier befragten Lateinamerikanern, dass der Wettbewerb um Energieressourcen zu mehr Konflikten oder sogar Kriegen führen könnte. Andererseits bilden die Energieressourcen einen wichtigen Anreiz für die wirtschaftliche Kooperation auf einem Kontinent, auf dem andere ökonomische Vernetzungen häufig nicht ausgeprägt genug sind, um für eine ausreichende Dynamik von wirtschaftlichen Integrationsprojekten zu sorgen.

Der 1. Südamerikanische Energiegipfel (im Rahmen der Südamerikanischen Staatengemeinschaft), der am 15. und 16. April 2007 auf der Isla Margarita (Venezuela) abgehalten wurde, illustriert auf eindruckliche Weise beide der oben genannten Tendenzen. Mit Ausnahme Perus, Uruguays und Surinams, die durch ihre Außenminister oder Vizepräsidenten vertreten waren, nahmen alle südamerikanischen Präsidenten am Gipfeltreffen teil. Vor dem Treffen hatten Hugo Chávez und Fidel Castro die gemeinsame Initiative Brasiliens und der USA kritisiert, die Produktion und den Verbrauch von Biokraftstoff in Lateinamerika und der Karibik zu fördern.

Während sich die Kritik von Chávez vordergründig auf die Gefahr bezog, dass sich durch die Produktion von Biokraftstoff (insbesondere aus Mais und Getreide) die Lebensmittelpreise erhöhen können – eine Befürchtung, die durchaus auch von NGOs und Wissenschaftlern geteilt wird –, zielte die Kritik im Kern auf Brasiliens Strategie, Ethanol als Instrument gegen die venezolanische Petropolitik zu benutzen und eine strategische Allianz mit den USA zur Förderung von Biokraftstoff einzugehen.

Schließlich musste Venezuela einen Rückzieher machen, da Biokraftstoffe für viele lateinamerikanische Länder eine attraktive Alternative darstellen, vor allem für jene Länder, die weder über Erdöl noch Erdgasreserven verfügen. Im Ergebnis enthielt die Abschlusserklärung des Energiegipfels beides, sowohl die Ankündigung von mehr Kooperation im Erdölsektor als auch der Förderung

erneuerbarer Energien und von Biokraftstoffen. Die Präsidenten gründeten einen Südamerikanischen Energierat, dem die dafür zuständigen Minister angehören und der eine gemeinsame Strategie und einen Aktionsplan vorbereiten soll, der auf dem nächsten Treffen der südamerikanischen Präsidenten im Oktober 2007 in Cartagena (Kolumbien) diskutiert werden soll.

An dieser Stelle sei daran erinnert, dass der Ausgangspunkt für die europäische Integration die sektorale Kooperation bei Stahl und Kohle war. Eine stärkere Kooperation im Energiesektor kann sich positiv auf den südamerikanischen Integrationsprozess auswirken. Auch die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) verwies in der Abschlusserklärung (*Declaration of Panama: Energy for Sustainable Development*²) ihrer 37. Generalversammlung, die vom 3. bis 4. Juni 2007 getagt hatte, auf das Potenzial von Biobrennstoffen für eine Diversifizierung der Energiematrix in der Region.

Ein interessantes Nebenergebnis des 1. Südamerikanischen Energiegipfels war die Entscheidung – im Rahmen des politischen Dialogs der südamerikanischen Präsidenten –, die Südamerikanische Staatengemeinschaft in Union der Südamerikanischen Nationen (*Unión de Naciones Suramericanas*, UNASAR) umzubenennen. Die UNASAR wird über ein permanentes Sekretariat mit Sitz in Quito, sowie eine politische Kommission und einen Rat der Delegierten verfügen. Auch über den Fortgang dieses Projektes wird auf dem Präsidentengipfel in Cartagena (Oktober 2007) entschieden werden.

Es bleibt abzuwarten, ob dieses neue politische Integrationsprojekt Erfolg haben wird; zumal andere Integrationsprojekte wie der Mercosur zur Zeit eine Krise durchlaufen, und viele lateinamerikanische Staaten wenn ihre nationalen Interessen berührt sind die Frank Sinatra-Strategie – „I did it my way“ – bevorzugen. Die neue strategische Allianz mit der EU eröffnet Brasilien beide Perspektiven: den Alleingang im Rahmen einer privilegierten Partnerschaft mit Europa oder die Rolle des Interessenverwalters und Türöffners für den Mercosur gegenüber Europa.

4. Einheit und Vielfalt Lateinamerikas

Lateinamerika ist politisch und ökonomisch stärker fragmentiert und gespalten als noch zu Beginn

² S. <www.oas.org/37AG/Docs/eng/AG03599E04.DOC>.

der Dekade. Die zentrifugalen Tendenzen in Lateinamerika, die sich auch in den Handelsabkommen mit Drittländern zeigen, werden überlagert von einem mehrschichtigen Netzwerk multilateraler und bilateraler Kooperationsstrukturen.

Trotz der stärkeren internationalen Präsenz Brasiliens ist es schwieriger geworden, eine unumstrittene lateinamerikanische Führungsmacht zu identifizieren. Zunächst gibt es die Konkurrenz zwischen Brasilien und Mexiko, mit eindeutigen Vorteilen für Brasilien. Zu einer direkten Konfrontation war es im Mai 2005 gekommen, als sich bei der Wahl des Generalsekretärs der OAS der von Brasilien bevorzugte Kandidat Insulza gegen den mexikanischen Außenminister Derbez durchsetzte, der u.a. von den USA unterstützt wurde. Mexiko ist bestenfalls eine Führungsmacht in Mittelamerika, obgleich die zentralamerikanischen Staaten häufig die direkte Hegemonie der USA dem Subhegemon vorziehen. Die mexikanische Präsenz in Südamerika ist äußerst begrenzt, der Handelsaustausch gering. Während der Präsidentschaft von Vicente Fox (2000-2006) hat Mexiko weiter an Einfluss verloren. Außerdem war die brasilianische Regierung bestrebt, Mexiko aus den südamerikanischen Kooperationsstrukturen herauszuhalten.

Während Brasilien die „natürliche“ Führungsmacht in Südamerika ist, bleibt der brasilianische Einfluss in Zentralamerika und der Karibik – trotz des Kommandos über die UN-Mission in Haiti – begrenzt. Beide lateinamerikanischen Schwergewichte, Brasilien und Mexiko, werden außerdem zur Zeit in ihrem Führungsanspruch von einer lateinamerikanischen Mittelmacht, dem durch Erdöl reich gewordenen Venezuela herausgefordert. Das von Venezuela propagierte Integrationschema ALBA liegt quer zu den bestehenden Kooperationsstrukturen, da es sowohl südamerikanische als auch zentralamerikanische und Karibikstaaten umfasst.

Von außen gesehen und aus europäischer Perspektive hat das vielschichtige Kooperationsnetzwerk in Lateinamerika sowohl Nachteile als auch Vorteile. Es ist schwieriger, für die Region repräsentative Gesprächspartner in Lateinamerika auszumachen. Zugleich gibt es aber mehr Ansatzpunkte, um auf das innerlateinamerikanische Kräftespiel einzuwirken. Für die EU kommt es darauf an die richtigen Räder im lateinamerikanischen Räderwerk zu identifizieren. Diese Aufgabe ist allerdings nicht unbedingt leichter geworden; zumal noch andere externe Akteure daran drehen.

Literatur

- CEPAL (2007): América Latina y China e India. Hacia una nueva alianza de comercio e inversiones. Santiago de Chile: CEPAL.
- Domínguez, Jorge I. (2006): China's Relations with Latin America. Shared Gains, Asymmetric Hopes, Working Paper. Washington: Inter-American Dialogue.
- Flemes, Daniel (2007): Brasilien – Regionalmacht mit globalen Ambitionen, in: GIGA Focus Lateinamerika, Nr. 6/2007.
- Grabendorff, Wolf (2007): Lateinamerika. Viel Demokratie, wenig Staat und kaum sozialer Fortschritt. Bonn/Berlin: FES.
- IMF (2007): Regional Economic Outlook. Western Hemisphere, April. Washington: IMF.
- Latinobarómetro (2007): Oportunidades de Cooperación Regional. Integración y Energía. Datos de Latinobarómetro 2006. Santiago de Chile.
- Naim, Moisés (2006): The Lost Continent, in: Foreign Policy, Nr. 157, November/December, S. 40-47.
- Nolte, Detlef/ Stolte, Christina (2007): Machtressource Bioenergie: Eine neue strategische Partnerschaft zwischen Brasilien und den USA, in: GIGA Focus Lateinamerika, Nr. 3/2007.
- Sánchez, Alex (2007a): Russia Returns to Latin America, Council on Hemispheric Affairs (COHA) Report, February 14th. Washington: COHA.
- Sánchez, Alex (2007b): The Russian Arms Merchant Raps on Latin America's Door, Council on Hemispheric Affairs (COHA) Report, March 20th. Washington: COHA.
- Santiso, Javier (2006): ¿Realismo mágico? China e India en América Latina y África, in: Economía Exterior, Nr. 38, S. 59-69.
- WTO (2006): International Trade Statistics 2006. Genf: WTO.

■ Der Autor

Prof. Dr. Nolte ist Direktor des GIGA Instituts für Lateinamerika-Studien und unterrichtet Politische Wissenschaft und Lateinamerika-Studien an der Universität Hamburg.
E-Mail: nolte@giga-hamburg.de; <<http://staff.giga-hamburg.de/nolte>>.

■ Gegenwärtige Forschung im GIGA zum Thema

Im regionenübergreifenden Forschungsprojekt „Regionale Führungsmächte in Afrika, Asien, Lateinamerika und dem Nahen und Mittleren Osten“ befasst sich das Institut für Lateinamerika-Studien mit der Bedeutung Brasiliens für Südamerika. Dazu gehört das von der Fritz-Thyssen-Stiftung finanzierte Projekt „Neue regionale Führungsmächte (Indien, Brasilien, Südafrika) im internationalen System“ (Daniel Flesmes, GIGA Institut für Lateinamerika-Studien).

■ GIGA-Publikationen zum Thema

- Bodemer, Klaus/ Carrillo Flórez, Fernando (Hrsg.) (2007): *Gobernabilidad y reforma política en América Latina y Europa*. La Paz: GIGA, BID, REDGOB, Plural Editores.
- Calcagnotto, Gilberto (Koord.) (2006): Themenschwerpunkt: Brasilien unter Lula. Tendenzen der Außen- und Wirtschaftspolitik, in: *Lateinamerika Analysen* 13, 1/2006, S. 63-177.
- Drekonja-Kornat, Gerhard (2006): *Europa-Latinoamérica: amigos complicados. Sobre la V EU-LAC en Viena, Austria*, in: *Iberoamericana*, Nr. 23, 6. Jg., S. 185-188.
- Flesmes, Daniel (2007): *Brasilien – Regionalmacht mit globalen Ambitionen*, in: *GIGA Focus Lateinamerika*, Nr. 6/2007.
- Maihold, Günther/ Stiegler, Ursula (Koord.) (2006): Themenschwerpunkt: Deutsche Außenpolitik und Lateinamerika, in: *Lateinamerika Analysen* 15, 3/2006, S. 77-148.
- Nolte, Detlef/ Stolte, Christina (2007): *Machtressource Bioenergie: Eine neue strategische Partnerschaft zwischen Brasilien und den USA*, in: *GIGA Focus Lateinamerika*, Nr. 3/2007.
- Radseck, Michael/ Bodemer, Klaus (Koord.) (2007): Themenschwerpunkt: Lateinamerikas Ressourcenreichtum – Segen oder Fluch? In: *Lateinamerika Analysen* 16, 1/2007, S. 93-241.
- Whitehead, Laurence et al. (2006): *„Regierbarkeit für Entwicklung“*. Die EU und Lateinamerika – ein Manifest zum Gipfeltreffen in Wien, in: *GIGA Focus Lateinamerika*, Nr. 5/2006.

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost sowie zu Globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der *GIGA Focus Lateinamerika* wird vom Institut für Lateinamerika-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretene Auffassung stellt die des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts dar. Download unter www.giga-hamburg.de/giga-focus.

Redaktion: Sebastian Huhn; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler

Lektorat: Julia Kramer; Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Lateinamerika-Studien

IMPRESSUM